

August 2020

# Länderbericht

Regionalprogramm Politischer Dialog Südliches Mittelmeer



## Libyen

---

### Entwicklungen im Schatten von Corona

*Michael Bauer, Thomas Volk*

Der libyschen Übergangsregierung (GNA) ist es seit Mai 2020 mit massiver Hilfe der Türkei gelungen, die Belagerung von Tripolis durch Khalifa Haftar und seine von Russland, Ägypten und den Vereinigten Arabischen Emiraten unterstützten Milizen zu durchbrechen und wichtige Territorien zurückzuerobern. Entlang des neuen Frontverlaufs bei Sirte ziehen beide Seiten Truppen zusammen. Es drohen eine erneute militärische Eskalation des Konflikts oder eine Aufteilung des Landes in Interessensphären. Um diesen Szenarien entgegenzuwirken, ist ein gemeinsames europäisches Vorgehen dringend geboten. Dabei sollte die destruktive Rolle externer Akteure sanktioniert, die Verhandlungsmission der Vereinten Nationen gestärkt, die Wiederbelebung eines innerlibyschen politischen Prozesses unterstützt und humanitäre Hilfe für das Land bereitgestellt werden.

### Veränderte militärische Ausgangslage

Nach dem Scheitern verschiedener internationaler Friedensinitiativen hat die deutsche Bundesregierung im Herbst 2019 einen politischen Prozess gestartet, der die internationalen und regionalen Akteure, die in den Konflikt involviert sind, im Januar 2020 auf der Berliner Libyen-Konferenz an einen Tisch zusammenführte und sie auf ein Ende ihrer Unterstützung und eine Einhaltung des seit 2011 bestehenden internationalen Waffenembargos verpflichtete. Damit sollte der Weg frei gemacht werden für innerlibysche Verhandlungen über einen Waffenstillstand sowie eine Neuordnung des politischen Systems und der wirtschaftliche Belange des Landes entsprechend eines Aktionsplans, der ebenfalls im Rahmen der Konferenz vorgestellt wurde.

Die Absprachen von Berlin wurden allerdings nicht eingehalten. Insbesondere Khalifa Haftar und die von ihm geführten Milizen aus dem Osten Libyens, die unter dem Namen „Libysche Nationalarmee“ (LNA) bzw. „Lybisch-arabische Armee“ (LAAF) operieren, sowie seine internationalen Verbündeten Russland, die Vereinigten Arabischen Emirate (VAE) und Ägypten hofften, durch eine Fortsetzung der Kämpfe eine Entscheidung zu ihren Gunsten im Konflikt mit der international anerkannten und von der Türkei militärisch unterstützten Einheitsregierung (Government of National

Accord, GNA) und den mit ihr verbündeten Milizen im Westen des Landes erreichen zu können.

Das militärische Gleichgewicht in Libyen veränderte sich jedoch im Frühjahr 2020 zuungunsten Haftars. Die seit April 2019 laufende militärische Offensive von Haftars Truppen zur Einnahme der Hauptstadt Tripolis ist mittlerweile gescheitert und das Kräfteverhältnis auf dem Schlachtfeld hat sich ein Jahr nach dem Start der Offensive zugunsten der GNA und den mit ihr verbündeten Milizen gewendet. Erheblichen Anteil daran hatte die massive türkische Unterstützung durch Waffen (insbesondere Drohnen) und syrische Söldner. Haftars Truppen, die von den VAE, Ägypten und Russland mit Drohnen, Panzern, Waffen, ausländischen Söldnern und Kampfflugzeugen unterstützt werden, mussten seit Ende Mai 2020 erhebliche Geländeverluste hinnehmen und haben strategisch wichtige Orte verloren.

Der Rückzug von Haftars Truppen aus dem Westen verlief relativ geordnet, was nahelegt, dass entsprechende Vereinbarungen zwischen der Türkei und Russland den Prozess gestaltet haben. Die Frontlinie verläuft Mitte August 2020 bei Sirte, einer Stadt mit besonderer strategischer und symbolischer Bedeutung und al-Jufra weiter südlich, wo Russland angeblich eine permanente Präsenz auf dem dortigen Luftwaffenstützpunkt anstrebt. Die Kampfhandlungen insgesamt sind derzeit auf

einem niedrigen Niveau, aber beide Seiten stärken ihre militärischen Kapazitäten entlang der neuen Frontlinie.

### **Innerlibysche Haltung und Erwartungen der Bevölkerung**

Die libysche Bevölkerung ist nach Jahren unterschiedlicher Phasen gewaltsamer Auseinandersetzungen frustriert, desillusioniert und skeptisch gegenüber den handelnden politischen Akteuren – in West- wie in Ostlibyen. Ein Großteil der Bevölkerung ist über die starke Einmischung externer Akteure in Libyen verärgert und ruft nach einer innerlibyschen Lösung des Konflikts. Viele glauben, dass das Schicksal Libyens längst nicht mehr in der eigenen Hand liege. Weder die türkische, noch die ägyptische und die russische Einmischung werden als positiv bewertet. Die kontinuierliche und sich durch die Covid-Pandemie beschleunigende Abwärtsspirale der Wirtschaft verschlechtert die angespannte Grundstimmung der Bevölkerung zusätzlich.

Dabei nehmen die seit 2011 zunehmend einflussreichen Stämme und deren starke und auf Gewohnheitsrecht beruhende soziale, wirtschaftliche und rechtliche Rolle im Alltag der Menschen eine immer größer werdende Bedeutung ein. Viele dieser patriarchalen Abhängigkeitszirkel nehmen inzwischen staatliche Ersatzfunktionen ein, sorgen durch örtliche Milizen für Sicherheit und regeln den Alltag der Menschen. Ohne die Einbindung dieser einflussreichen Stammesstrukturen und deren wichtigster Protagonisten dürfte ein innerlibyscher Aussöhnungs- und Dialogprozess in Post-Konfliktzeiten wenig erfolgsversprechend sein.

#### **Lage in GNA-kontrollierten Gebieten**

Während sich die Sicherheitslage in der von der GNA-kontrollierten Hauptstadt Tripolis in Westlibyen seit Anfang 2020 verbessert, verschlechtert sich die Wirtschaftslage dramatisch. Obschon die GNA über geringeren territorialen Einfluss als die LNA verfügt und nur ein Drittel des Territoriums kontrolliert, leben zwei Drittel der libyschen Bevölkerung unter GNA-Verwaltung. Deren politischer Rückhalt scheint in jüngster Zeit jedoch zunehmend Risse zu erhalten. Ende Juli fanden wiederholt Demonstrationen vor dem Dienstsitz von Ministerpräsident Sarraj statt; die Menschen

beklagten die bis zu 12 Stunden währenden Stromausfälle in der Hauptstadt, steigende Lebensmittelpreise und eine zunehmende Banknotenknappeit. Die Bevölkerung beklagt eine grassierende Korruption im Land und bringt ihren Unmut gegenüber der Regierung verstärkt auf die Straße. Das Hauptanliegen der Bevölkerung ist eine Verbesserung ihrer prekären sozioökonomischen Lage und sie lehnt eine Rückkehr der Herrschaft der Milizen ab.

Sarraj gab Ende Juli dem Druck der Demonstranten nach und tauschte den Leiter der staatlichen Elektrizitätsbehörde aus – zudem deutete er eine Regierungsumbildung an. Der in Westlibyen angesehene und aus Misrata stammende Innenminister Fathi Bashaga, der durch sein konsequentes Vorgehen gegen Milizen im Großraum Tripolis von sich reden machte, bleibt vermutlich im Amt. Nach unterschiedlichen Berichten lehnte es Bashaga kategorisch ab, Verteidigungsminister zu werden. Als Innenminister kann er weiterhin sein politisches Profil schärfen indem er gegen Milizen vorgeht, Korruption zu bekämpfen versucht und sich als starken Mann für Recht und Ordnung präsentiert. Allgemein ist zu erkennen, dass sich wesentliche politische Akteure im Amt halten oder prominent positionieren wollen, um in möglichen Post-Konflikt-Szenarien bei einer Regierungsbildung Berücksichtigung zu finden.

#### **Lage in LNA-kontrollierten Gebieten**

Haftar gilt auch nach den jüngsten militärischen Rückschlägen als starker Mann Ostlibyens. Er ist jedoch mehr denn je auf externe Unterstützung und die Zusammenarbeit mit wichtigen Stämmen angewiesen. Dabei ist nicht zu unterschätzen, wie erfolgreich Haftar dabei war, die Loyalität und Unterstützung libyscher Stämme zu gewinnen – er war einer der Ersten, der offensiv auf die Stämme des Landes zugeht und symbolisiert für viele Menschen Libyens die Wiederherstellung der alten Ordnung. Haftar versteht es wie schon der frühere Machthaber Ghaddafi, die Stämme für seine Interessen zu instrumentalisieren und durch die Verteilung von Posten und finanziellen Zugeständnissen Abhängigkeitsverhältnisse zu schaffen.

In der ostlibyschen Hauptstadt Tobruk sorgen Haftars Milizen für Sicherheit und im Vergleich zu Tripolis wohl für einen geordneteren Alltag. Die Dauer täglicher Stromausfälle ist dem

Vernehmen nach geringer als in Westlibyen und durch den ausgeprägten Einfluss von Stammesstrukturen mit klar definierten Hierarchien scheinen politische Entscheidungen schneller und konsequenter herbeigeführt zu werden. Dennoch repräsentieren die in Ostlibyen aktiven Stämme nicht die Bevölkerungsmehrheit. Zuletzt versuchte zudem Ägypten sich mit den Stämmen Ostlibyens zu solidarisieren. Der Großteil der ostlybischen Bevölkerung verhält sich derzeit weitestgehend ruhig – auch aus Furcht vor möglichen Repressionen seitens der Militärmachthaber. Zudem liegen Berichte über Enteignungen vor.

Obschon die gesellschaftlichen Gräben und die ausgeprägten Einflussphären von Stammesstrukturen das Land prägen, sehnt sich die Bevölkerungsmehrheit nach einer friedlichen Beilegung des Konflikts. Die sozioökonomischen Probleme und die Auswirkungen der Corona-Pandemie bestimmen auch in Libyen den Alltag der Menschen und lassen den Ruf nach Neuwahlen und einer Beilegung Konflikts lauter werden.

### **Blockade der Ölfelder und Covid-19 verschärfen wirtschaftliche und humanitäre Lage**

Die wirtschaftlich-finanzielle Ausgangslage im ressourcenreichen Libyen ist prekär. Die Ölexporte sind aufgrund von Blockaden der Fördergebiete durch mit Haftar verbündete Stämme eingebrochen. Nach Auskunft der National Oil Corporation sind die Mindereinnahmen zwischen Januar und Juli 2020 auf rund sieben Milliarden USD angewachsen.

War zunächst vor allem der Süden des Landes von bestätigten Covid-19-Infektionen betroffen, so steigen jetzt die Zahlen auch in Tripolis; die Gesundheitsbehörden im Land wären auf eine massive Ausbreitung der Krankheit kaum vorbereitet. Mitte März wurde von der GNA der nationale Notstand verkündet, zahlreiche Einrichtungen geschlossen und alle öffentlichen Versammlungen und Veranstaltungen ausgesetzt. Die Parallelregierung in Ost-Libyen verkündete fast identische Präventionsmaßnahmen. Die tunesisch-libysche Grenze, die traditionell wichtig für den regionalen Handel

war, ist aufgrund der Corona-Pandemie bis auf weiteres geschlossen.

Eine genaue Erfassung der humanitären Lage von Migranten und Binnenvertriebenen (IDPs) im Land ist angesichts der sicherheitspolitischen Ausgangslage schwierig. Allein seit dem Beginn der Kämpfe um Tripolis im April 2019 wurden 200.000 Personen vertrieben, und etwa 100.000 Vertriebene befinden sich in unmittelbarer Nähe zu Kampfhandlungen, darunter sowohl Libyer als auch Migranten. Der UNHCR zählt in Libyen derzeit etwa 907.000 „People of Concern“ - darunter über 402.000 IDPs, knapp 450.000 zurückgekehrte IDPs und fast 50.000 registrierte Flüchtlinge (Stand 24. 07.).

Humanitäre Organisationen geben an, dass es elf offizielle Internierungslager gibt, die von der GNA kontrolliert werden und in denen mehr als 2.600 Personen inhaftiert sind. Es wird geschätzt, dass sich Tausende weitere in von Milizen kontrollierten Lagern aufhalten, doch zuverlässige Zahlen sind nicht vorhanden. Menschenrechtsorganisationen berichten regelmäßig über Folter und Misshandlungen sowie unzureichenden Zugang zu sanitären Einrichtungen, Nahrung oder sauberem Wasser in den Lagern.

### **Internationaler Kontext des Konflikts in Libyen**

Der Konflikt in Libyen wird in erheblichem Maße durch die Involvierung externer Akteure verschärft. Ägypten, die VAE und Russland unterstützen Khalifa Haftar und seine Verbündeten. Vor allem die Türkei wiederum stellt sich auf die Seite der GNA und von Ministerpräsident Sarraj. Die Bereitstellung von militärischer Ausstattung sowie der Zustrom von Söldnern und Geld verstoßen gegen das seit 2011 bestehende internationale Waffenembargo.

**Ägypten** hat primär ein Interesse an einer sicheren Westgrenze und daran, dass islamistische Gruppen Libyen nicht als Rückzugsort nutzen können. Wenn Haftar das nicht liefern kann - weil er zu schwach dafür ist - bzw. vielleicht eine andere Lösung möglich ist, dann wird man sich dem in Kairo nicht verschließen. In jedem Fall hat Kairo kein Interesse an einem andauernden Bürgerkrieg in

seiner Nachbarschaft. Dieses Interesse teilt Ägypten mit den anderen nordafrikanischen und sahelischen Nachbarn Libyens. Eine türkische Präsenz in Libyen wird von Kairo abgelehnt und ein GNA-Vormarsch über die Linie Sirte/al-Jufra würde zu einer militärischen Reaktion Ägyptens führen, mit der zumindest zunächst jedoch wohl eher eine Signalwirkung angestrebt würde und keine direkte Konfrontation mit der GNA bzw. türkischen Truppen.

Die militärische Unterstützung der **Türkei** hat die GNA erst vor der Niederlage gegen Haftars Truppen bewahrt und damit zum militärischen Umschwung im Frühjahr 2020 beigetragen. Zudem schloss die türkische Regierung mit der GNA Ende 2019 ein Abkommen, das die Seegrenzen zwischen den beiden Ländern festlegt und aus dem die Türkei einen Anspruch auf erdgasreiche Gebiete im östlichen Mittelmeer ableitet. Inzwischen haben Ägypten und Griechenland ebenso ein bilaterales Abkommen abgeschlossen und die Einrichtung einer gemeinsamen Wirtschaftszone im östlichen Mittelmeerraum vereinbart. Ankara verfolgt zudem wirtschaftliche Interessen in Libyen selbst und das Ziel, sich als Regionalmacht im Mittelmeerraum zu etablieren. Derzeit steht die Regierung in Ankara als der große Gewinner des Konflikts in Libyen da.

Für die **VAE** geht es weniger um Libyen an sich als vielmehr um die Bekämpfung von libyschen Milizen und politischen Akteuren, die (angeblich) den Muslimbrüdern nahestehen, und gegen die Khalifa Haftar militärisch vorgegangen ist. Es waren vor allem die VAE, die Haftar über finanzielle und militärische Unterstützung stark gemacht haben. Die steigende türkische Präsenz führt dazu, dass Libyen aus Sicht Abu Dhabis auch noch ein Schauplatz des geostrategischen Konflikts mit Ankara geworden ist, den die VAE auch in einer Reihe weiterer nahöstlicher Staaten ausfechten.

**Russlands** Engagement in Libyen – sowie in anderen Konfliktschauplätzen in der Region – ist von Opportunismus geprägt: überall dort, wo sich die Möglichkeit zur Ausweitung des russischen Einflusses ergibt, nutzt Moskau dies. Nach Syrien ist Libyen der zweite Konfliktschauplatz, in dem Russland zu einem entscheidenden externen Akteur wird. Auf internationaler Ebene kann sich Russland damit als maßgeblicher Akteur und handlungsstarker

Partner präsentieren; im Mittelmeerraum baut Russland seine Präsenz erheblich aus. Angeblich plant Russland den Aufbau permanenter Militärbasen in Sirte und al-Jufra. Damit erhöht Moskau auch sein sicherheitspolitisches Druckpotenzial gegen Europa.

## Der europäische Kontext: ohne inner-europäische Einigkeit kein Einfluss

Die europäische Rolle in Libyen ist durch erhebliche Gegensätze geprägt. Während sich v.a. Frankreich klar auf Seiten Haftars positionierte, unterstützte Italien die GNA und die libysche Küstenwache. Griechenland hat sich im Kontext des Konflikts mit der Türkei um die Ausbeutung der Erdgasvorkommen im östlichen Mittelmeerraum auch auf Seiten Haftars gestellt. Das Engagement einiger EU-Mitglieder verschärfte somit den Konflikt in Libyen und läuft dem europäischen Interesse einer Stabilisierung der europäischen Nachbarschaft zuwider.

Grundvoraussetzung dafür, dass Europa eine Rolle in Libyen spielen kann, ist die Entwicklung einer einheitlichen Position auf Grundlage der Prinzipien der Berliner Libyenkonferenz und ein koordiniertes Vorgehen gegenüber den externen Akteuren und den innerlibyschen Konfliktparteien. Bei der Schaffung dieses Konsenses sind vor allem der Hohe Vertreter der EU für Außen- und Sicherheitspolitik, Josep Borrell, aber auch Deutschland als Initiator des Berliner Prozesses gefordert.

Die im April 2020 neu geschaffenen Überwachungsmission IRINI hat sich bisher als wenig effektiv dabei erwiesen, die Einhaltung des seit 2011 bestehenden Waffenembargos zu sichern. Die Limitationen werden darin deutlich, dass IRINI nicht in der Lage ist, die Land- und Luftwege zu überwachen. Türkische Marineschiffe verhinderten zudem im Juni dieses Jahres die Untersuchung eines tansanischen Frachters durch IRINI. Die Mission ist damit weder ausgewogen noch durchsetzungsstark. Es bleibt abzuwarten, ob die seitens Deutschland, Italien und Frankreich Anfang August 2020 angekündigte Sanktionierung einer Reihe von Unternehmen und Personen, die gegen das UN-Waffenembargo für Libyen verstießen, eine stärkere Wirkung erzielen wird.

## Entwicklungsszenarien und Handlungsempfehlungen

Zwei derzeit drohende Szenarien für Libyen sind entweder eine militärische Eskalation oder die Aufteilung des Landes in unterschiedliche Interessensphären. Zu einer militärischen Eskalation käme es, wenn Ägypten nach einem weiteren Vormarsch der GNA Richtung Osten direkt in den Krieg eingreift. In der Folge würde sich der Konflikt vermutlich weiter internationalisieren und könnte seine destabilisierende Wirkung auf die gesamte Region in Nordafrika und den Mittelmeerraum noch verschärfen.

Ein türkisch-russisches *Rapprochement* unterstützt durch Maßnahmen wie die Ende Juli vereinbarte gemeinsame Arbeitsgruppe könnte eine militärische Eskalation verhindern und würde den Konflikt zumindest vorläufig einfrieren. Auf den ersten Blick erinnert dieser Ansatz an den Astana-Prozess zu Syrien. Ein politischer Prozess zur Lösung des Konflikts wäre damit jedoch nicht verbunden und der Aufteilung Libyens in unterschiedliche – türkische (GNA-Gebiete) und russische bzw. ägyptische (LNA-Gebiete) Interessenssphären verbunden mit einer dauerhaften Zweiteilung des Landes würde Vorschub geleitet.

Beide Szenarien sind nicht im Interesse der libyschen Bevölkerung und laufen auch deutschen und europäischen Interessen zuwider. Ziel der deutschen und europäischen Libyenpolitik sollte es sein, dass die konfliktverschärfende direkte und indirekte Einmischung externer Akteure beendet wird. Darüber hinaus ist die Wiederaufnahme eines politischen Dialogprozesses innerlibyscher Akteure vonnöten, der eine neue Legitimationsgrundlage schafft. Die Wiedereinführung eines föderalen Staatscharakters Libyens, wie er von 1951 bis 1963 bestand, könnte eine mögliche Option sein. So wären die drei wesentlichen Provinzen Tripolitanien, Cyreneika und Fezzan bei einer zu erhaltenden territorialen Integrität des Landes dennoch in ihrer regionalen Eigenständigkeit bestärkt. Letztlich ist es aber Sache der Libyer über die politische Ordnung ihres Landes zu entscheiden.

Auf Grundlage des Berliner-Prozesses erscheinen folgende Handlungsoptionen für angebracht, um eine militärische Eskalation, eine Aufteilung des Landes in unterschiedliche Interessensphären zu verhindern und einen innerlibyschen politischen Prozess zu unterstützen:

### **Stärkung der VN-Mission**

Die zeitnahe Benennung eines Sonderbeauftragten der Vereinten Nationen für Libyen mit einem personell und finanziell besser ausgestatteten VN-Büro für Libyen, um insbesondere einen innerlibyschen Dialogprozess vorzubereiten und zu begleiten.

### **Formulierung einer einheitlichen europäischen Position zu Libyen**

Die teils unterschiedlich gelagerten Interessen bzw. konträren Handlungen europäischer Akteure behindern Fortschritte bei der friedlichen Lösung des Konflikts und ermöglichen es Russland und der Türkei, Fakten in Libyen zu schaffen.

### **Konsequentes Naming and Shaming bei Brüchen des Waffenembargos**

Die von Deutschland, Frankreich und Italien Anfang August angekündigte Durchsetzung des seit 2011 geltenden UN-Waffenembargos gegen Libyen sollte konsequent betrieben und Verstöße gegen das Embargo öffentlichkeitswirksam formuliert werden. Dabei sollten die Europäer insbesondere auch die Zusammenarbeit mit den USA suchen, die mit Blick auf Libyen wieder eine aktivere Rolle anzustreben scheinen.

### **Unterstützung eines politischen Neubeginns auf nationaler und lokaler Ebene**

Deutschland und Europa sollten auf die Notwendigkeit von baldigen Neuwahlen in Libyen hinweisen. Dies würde Klarheit über die politischen Machtverhältnisse im Land schaffen und könnte zu einer Legitimation der politischen Handelnden im Land beitragen. Derzeit sind vor allem kommunale und (Stammes-) Akteure legitimiert. Daran sollte durch die Einbeziehung der lokalen Ebene in die Errichtung eines neuen politischen Systems angeknüpft werden.

### **Absicherung eines Waffenstillstands ohne Teilung des Landes**

Bewaffneten Auseinandersetzungen entlang des Frontverlaufs Sirte/al-Jufra finden derzeit auf niedrigem Niveau statt. Die EU sollte eine

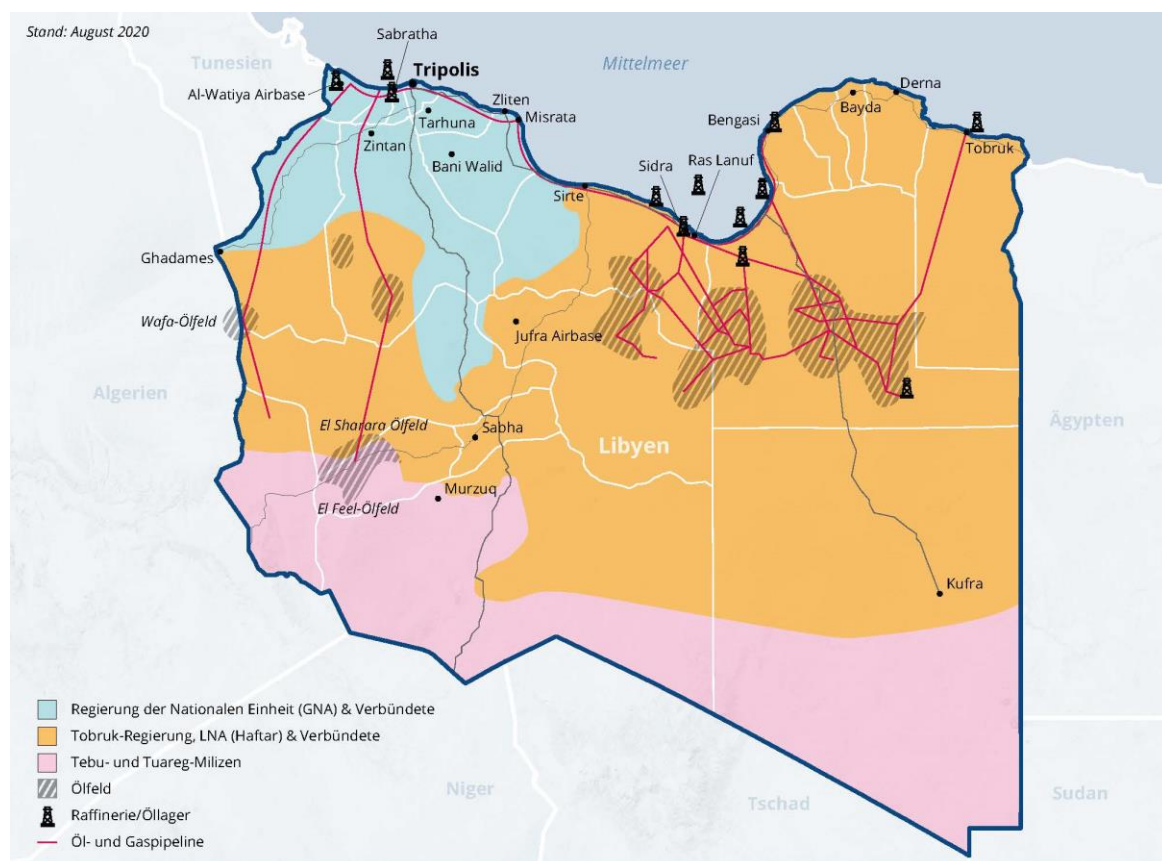


Wiederaufnahme der Waffenstillstandsverhandlungen im Rahmen des 5+5 Komitees politisch unterstützen und dabei auch darlegen, wie sie sich an der Absicherung eines Waffenstillstands operativ und in Zusammenarbeit mit den Vereinten Nationen und der Afrikanischen Union beteiligen will. Die derzeitige Frontlinie darf jedoch nicht zur Schaffung von Interessensphären führen oder gar einer Aufteilung des Landes Vorschub leisten. Der oben beschriebene politische Prozess muss allen Libyern offenstehen und eine Neubegründung des politischen Systems für das ganze Land anstreben.

### Ausweitung der humanitären Hilfe

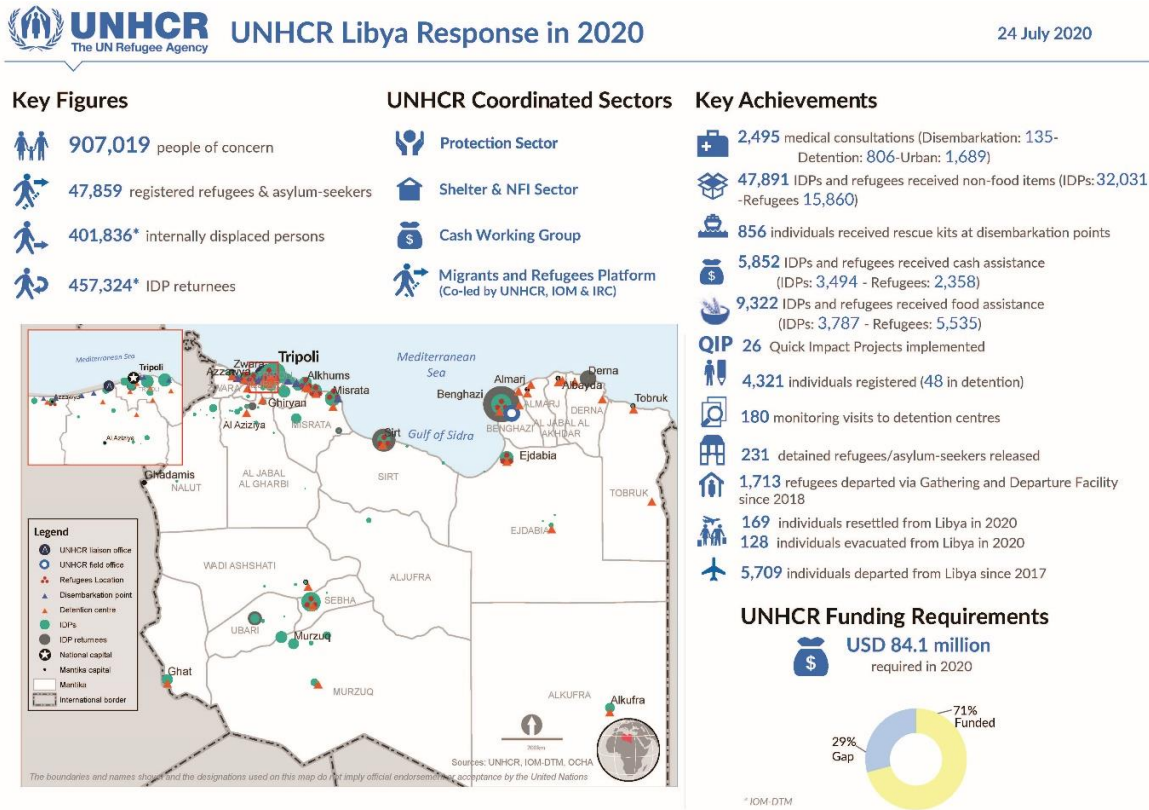
Die humanitäre Situation in Libyen ist – gerade auch im Kontext der Covid-19-Pandemie – sehr angespannt. Deutschland und die Europäische Union sollten ihr humanitäres Engagement in Libyen weiter koordinieren und intensivieren und insbesondere auf die Einhaltung von Menschenrechten, eine Schließung informeller Haftanstalten und den Kampf gegen Menschenhandel und Schleusernetzwerke hinwirken.

Abbildung 1. Konfliktdynamiken in Libyen



Quelle: Liveuamap, Twitter, bpb

Abbildung 2. Humanitäre Lage in Libyen



Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

Thomas Volk  
Leiter Regionalprogramm Politischer Dialog Südliches Mittelmeer  
Europäische und Internationale Zusammenarbeit  
thomas.volk@kas.de  
[www.kas.de/de/web/poldimed](http://www.kas.de/de/web/poldimed)

Michael Bauer  
Referent, Abteilung Naher Osten und Nordafrika  
Europäische und Internationale Zusammenarbeit  
michael.bauer@kas.de  
[www.kas.de/de/web/nahost-nordafrika](http://www.kas.de/de/web/nahost-nordafrika)



Der Text dieses Werkes ist lizenziert unter den Bedingungen von „Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international“, CC BY-SA 4.0 (abrufbar unter: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/legalcode.de>)